

Öffentliche Niederschrift

Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Güstrow-Land

Sitzungstermin: Mittwoch, 17.06.2026
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 19:57 Uhr
Raum, Ort: Konferenzraum des Verwaltungsgebäudes

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
Dr. Ulrich Blau	

Mitglieder

Name	Bemerkung
Andrea Bornemann	
Silvio Bothe	
Rita Burchard	
Thomas Buske	
Bernd Dikau	
Kim Julian Giese	
Hans-Georg Hinrichs	
Dagmar Kainz	
Ulf Kalisch	
Fred Lange	
Lars-Peter Loeck	
Jörg Peters	
Sigrid Schöpperle	

Verwaltung

Name	Bemerkung
Matthias Nowak	

Abwesend

Mitglieder

Name	Bemerkung
Dr. Harriet Gruber	entschuldigt
Jens Kupfer	entschuldigt
Thomas Körting	entschuldigt

Gäste:

Tagesordnung

A) Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit	
2	Unterbrechung der Sitzung für die Einwohnerfragestunde	

B)

TOP	Betreff	Vorlage
3	Einwohnerfragestunde	

C)

TOP	Betreff	Vorlage
4	Wiedereröffnung der öffentlichen Sitzung	
5	Änderungsanträge zur Tagesordnung	
6	Billigung des öffentlichen Teils der Sitzungsniederschrift vom 01.04.2026	
7	Bericht des Amtsvorstehers	
8	Bericht des leitenden Verwaltungsbeamten	
9	Beschluss über die Annahme einer Spende	DS/01/26/006
10	Beschluss über die Durchführung der Maßnahme "Beschaffung eines KI-geschützten Posteingangssystems" im Wege eines Direktauftrags	DS/01/26/007
11	Beschluss zur Wahl einer Schiedsperson	DS/01/26/011
12	Wahl eines Mitgliedes des Rechnungsprüfungsausschusses	
13	Anfragen und Mitteilungen	

Protokoll

A) Öffentlicher Teil

Zu 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Um 19:00 Uhr eröffnet Herr AV Dr. Blau die öffentliche Sitzung des Amtsausschuss des Amtes Güstrow-Land und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und von der Amtsverwaltung Herrn Nowak. Danach stellt er die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Anlage 1 Anwesenheit 17.06.2026

Zu 2. Unterbrechung der Sitzung für die Einwohnerfragestunde

Entfällt, da keine Einwohner anwesend sind.

B)

Zu 3. Einwohnerfragestunde

- entfällt -

C)

Zu 4. Wiedereröffnung der öffentlichen Sitzung

- entfällt -

Zu 5. Änderungsanträge zur Tagesordnung

Es ergehen keine Änderungsanträge zur vorliegenden Tagesordnung.
Damit gilt die vorliegende Tagesordnung als gebilligt.

Zu 6. Billigung des öffentlichen Teils der Sitzungsniederschrift vom 01.04.2026

Änderungsanträge ergehen nicht.

Es folgt die Abstimmung über den öffentlichen Teil der Sitzungsniederschrift der AA-Sitzung vom 01.04.2026.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig dafür -

Damit ist der öffentliche Teil der Sitzungsniederschrift der GV-Sitzung vom 01.04.2026 gebilligt.

Zu 7. Bericht des Amtsvorstehers

AV Herr Dr. Blau geht auf folgende Punkte in seinem Bericht ein:

Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern

AV Herr Dr. Blau berichtet über die 20. Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern, die Ende Mai in der Stadthalle Rostock stattgefunden habe. Im Mittelpunkt der Versammlung hätten drei wesentliche Themen gestanden.

Neubesetzung der Führungspositionen

Ein zentraler Tagesordnungspunkt sei die Neubesetzung der Führungspositionen des Städte- und Gemeindetages gewesen.

Da der bisherige Vorsitzende, Herr Bayer, Bürgermeister der Hansestadt Wismar, nicht erneut kandidiert habe, sei Lars Prahler, Bürgermeister der Stadt Grevesmühlen, zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Infolge dieser Neuwahl sei die Oberbürgermeisterin Eva-Maria Kröger aus Rostock, zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden.

Zukunftsvision der Kommunen bis 2031

Ein weiterer Schwerpunkt der Mitgliederversammlung sei die Vorstellung der Zukunftsvision der Kommunen bis zum Jahr 2030 gewesen. AV Herr Dr. Blau hebt hervor, dass die Kommunen eine verlässliche Partnerschaft mit dem Land forderten. Zugleich hätten sie deutlich gemacht, dass sie nicht bereit seien, lediglich eine Mangelverwaltung zu betreiben. Insbesondere im Bereich der kommunalen Finanzen sei auf die verfassungsrechtliche Pflicht des Landes hingewiesen worden, den Städten und Gemeinden eine aufgabengerechte Finanzausstattung zu garantieren. Zudem sei gefordert worden, dass Entlastungen des Bundes künftig vollständig an die Kommunen weitergegeben werden müssten. AV Herr Dr. Blau verweist auf Beispiele, die verdeutlichten, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen insbesondere ab dem Jahr 2028 nicht ausreiche, um Aufgaben der Daseinsvorsorge, der Kultur sowie der Infrastruktur dauerhaft sicherzustellen. Auch die steigenden Kreisumlagen seien thematisiert worden, da diese die finanzielle Belastung der Kommunen zusätzlich verschärften.

Moderne Bildungslandschaft und Verwaltungsdigitalisierung, IT-Sicherheit und Konnexität

Ein weiterer zentraler Punkt sei die moderne Bildungslandschaft gewesen. Herr AV Dr. Blau erläutert, dass die Kommunen Chancengleichheit ausdrücklich befürworteten. Zugleich sei darauf hingewiesen worden, dass moderne Schulgebäude und Sportstätten erforderlich seien und hierfür entsprechende finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssten. Die Verantwortung der Schulträger für die Gebäude sei anerkannt worden. Allerdings sei gefordert worden, dass die Beschaffung von Hard- und Software sowie die Sicherstellung eines einheitlichen technischen Niveaus an den Schulen durch das Land organisiert und finanziert werden müssten. Im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung und IT-Sicherheit sei betont worden, dass eine Bündelung der Maßnahmen erforderlich sei, um Insellösungen zu vermeiden. AV Herr Dr. Blau hebt hervor, dass die Kommunen eine schnellere Umsetzung forderten. Kritisiert worden sei, dass das Land bislang lediglich neue Stellen geschaffen habe, ohne dass konkrete Fortschritte erkennbar seien. Darüber hinaus sei das Konnexitätsprinzip thematisiert worden. Danach müsse derjenige, der Aufgaben übertrage, auch die entsprechenden Kosten tragen. Dies sei insbesondere im Sozialbereich von besonderer Bedeutung.

Volksbegehren im Kita-Bereich

Im Anschluss berichtet AV Herr Dr. Blau über das Volksbegehren im Kita-Bereich.

Er erläutert, dass der Vorschlag zur Einrichtung eines runden Tisches angenommen worden sei, um die Thematik weiter zu beraten.

Der Städte- und Gemeindetag habe in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass finanzielle Fragen geklärt werden müssten, bevor Maßnahmen wie die Verkleinerung von Gruppen umgesetzt werden könnten. Gefordert worden seien eine dauerhafte Finanzierung sowie Transparenz bei den weiteren Planungen. AV Herr Dr. Blau betont, dass die Kommunen nicht bereit seien, zusätzliche Kosten zu tragen, solange keine klare Finanzierung durch

das Land sichergestellt sei.

Aktualisierung des Musterstellenplans für Ämter in Mecklenburg-Vorpommern

Abschließend informiert AV Herr Dr. Blau über die Aktualisierung des Musterstellenplans für Ämter in Mecklenburg-Vorpommern, die durch die Kommunalberatung und Service GmbH, Kubus, durchgeführt worden sei. Dabei sei festgestellt worden, dass ein Amt mit 10.180 Einwohnern, einer Fläche von 350 Quadratkilometern und 14 Gemeinden durchschnittlich 3,85 VZÄ pro 1.000 Einwohner benötige. AV Herr Dr. Blau erläutert, dass diese Zahlen als Orientierung dienen. Sie seien jedoch nicht ohne Weiteres auf jedes Amt übertragbar, da nicht alle Kriterien, etwa Kulturstätten, Kindergärten oder Sportstätten, gleichermaßen zuträfen. Es ist festgestellt worden, dass die vorgeschlagene Stellenanzahl eine hilfreiche Grundlage darstelle, jedoch an die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten angepasst werden müsse.

LVB Herr Nowak berichtet, dass die Verwaltung derzeit über 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfüge. Dies entspreche einem Vollzeitäquivalent 28,716 in der Kernverwaltung.

AV Herr Dr. Blau ergänzt, dass die Personalsituation grundsätzlich positiv bewertet werde. Gleichwohl weist er darauf hin, dass es problematisch sei, bei unbesetzten Stellen automatisch neue Positionen zu schaffen. Sinnvoller sei es, die interkommunale Zusammenarbeit weiter zu fördern, wie dies bereits mit den jPöR Krakow am See, Güstrow, Laage und WBV Nebel praktiziert werde. Ziel sei es, Fachpersonal effizienter einzusetzen und Vertretungsprobleme besser zu lösen. Auch die Zusammenarbeit in Zweckverbänden sowie die Einführung neuer IT-Lösungen auf Landesebene, unterstützt durch Ego-MV, seien wichtige Ansätze. AV Herr Dr. Blau hebt hervor, dass das Amt Güstrow-Land in Mecklenburg-Vorpommern und bundesweit gut vernetzt sei und in diesem Bereich eine Vorreiterrolle einnehme.

Landeserntedankfest

AV Herr Dr. Blau weist darauf hin, dass zurzeit die Abfrage zur Ausrichtung des 36. Landeserntedankfestes läuft. Er fragt die anwesenden AA-Mitglieder, ob jemand sich beworben hat.

AA-Mitglied Herr Dikau bestätigt dies und erklärt, dass eine Bewerbung eingereicht, jedoch abgelehnt worden sei. Er erläutert, dass ursprünglich eine abwechselnde Ausrichtung des Festes zwischen Mecklenburg und Vorpommern vorgesehen gewesen sei. Auf Grund von Versäumnissen in Vorpommern habe sich diese Regelung jedoch geändert. Das Amt habe das Fest im Rahmen der 800-Jahr-Feierlichkeiten ausrichten wollen. Auf Grund der Bewerbung von Woldegk und der Entscheidung des Ministers sei die Gemeinde jedoch nicht zum Zuge gekommen. AA-Mitglied Herr Dikau kündigt an, dass sich die Gemeinde Lohmen nicht erneut bewerben werde, sofern die Ausrichtung im kommenden Jahr nicht zugesprochen werde.

Wahlvorstände und Stellenausschreibung im Hauptamt

AV Herr Dr. Blau informiert, dass bereits der Aufruf zur Bildung der Wahlvorstände für die Landtagswahl am 20.09.2026 erfolgt ist. Die Abstimmung ist mit dem Hauptamt durchzuführen.

Stellenangebot

Zudem teilt er mit, dass die Stelle im Hauptamt, die durch den Ruhestand von der derzeitigen Stelleninhaberin vakant werde, ausgeschrieben worden sei. Bislang sei jedoch keine Bewerbung eingegangen.

Damit endet der Bericht des Amtsvorstehers.

Zu 8. Bericht des leitenden Verwaltungsbeamten

LVB Herr Nowak geht auf folgenden Punkt in seinem Bericht ein:

Sondervermögen und dessen Umsetzung durch die Gemeinden

LVB Herr Nowak erläutert, dass er den Bericht nutzen möchte, um über das Sondervermögen und dessen Umsetzung durch die Gemeinden zu informieren. Er habe die relevanten Informationen zusammengetragen und visuell aufbereitet. (Siehe Präsentation). Das Sondervermögen stehe bis 2036 zur Verfügung und umfasse vier Fördertöpfe.

Der erste Topf, der sogenannte Sockelbetrag, belaufe sich auf 50.000 Euro pro Gemeinde und könne zu 100 % als Eigenmittel verwendet werden, jedoch ausschließlich für investive Zwecke.

Der zweite Topf, der für Schulförderung vorgesehen sei, werde über die Landkreise gesteuert. Projektlisten müssten von den Schulträgern eingereicht werden, woraufhin über die Mittelvergabe entschieden werde. Er weist darauf hin, dass der Schulbautopf von den Schulausschüssen bedient werde und Maßnahmen zunächst dort besprochen werden müssten. Wichtig sei, dass die Projekte solide geplant und finanziell tragbar seien, um eine nachhaltige Umsetzung zu gewährleisten.

Die beiden weiteren Töpfe beträfen die Bereiche Verkehr, ÖPNV und Energie sowie gesellschaftliche Infrastruktur. Während der Bereich Verkehr und Energie relativ klar definiert sei, gebe es bei der gesellschaftlichen Infrastruktur Unsicherheiten hinsichtlich der förderfähigen Projekte. LVB Herr Nowak hebt hervor, dass es nun möglich sei, die Fördertöpfe miteinander zu kombinieren, um größere Projekte zu realisieren. Für das Amt Güstrow-Land stünden insgesamt etwa 1,7 Millionen Euro zur Verfügung, die sich auf die verschiedenen Töpfe verteilen. Er betont, dass es sinnvoll sei, Projekte zu bündeln, um den Mindestinvestitionswert von 50.000 Euro pro Maßnahme zu erreichen und den Eigenmittelanteil zu minimieren.

Als Beispiel nennt er den Bau eines gemeindeübergreifenden Radwegs, bei dem mehrere Gemeinden ihre Mittel zusammenlegen könnten. LVB Herr Nowak erläutert weiter, dass die Förderquote in der Regel bei 75 % liege, mit Ausnahme des Sockelbetrags, der vollständig genutzt werden könne. Er warnt davor, auf eine höhere Förderquote zu spekulieren, da dies mit finanziellen Einschränkungen für die Gemeinden verbunden wäre. Maßnahmen könnten ab dem 1. Januar 2025 beginnen, und bereits laufende Projekte seien ebenfalls förderfähig, sofern sie noch nicht abgeschlossen seien. Die Abrechnung des Sockelbetrags müsse bis 2029 erfolgen, während die übrigen Töpfe bis 2036 genutzt werden könnten. LVB Herr Nowak führt aus, dass die Projektvorschläge detailliert beschrieben und mit einer Kosten-schätzung versehen sein müssten. Diese würden dem Amt gemeldet und im Amtsausschuss einstimmig beschlossen, bevor sie an den Landkreis weitergeleitet würden. Einstimmigkeit sei hierbei erforderlich, da andernfalls keine Meldung erfolge. Er betont, dass die Mittel vollständig ausgeschöpft werden sollten, weil nicht genutzte Gelder an den Bund oder das Land zurückfließen würden.

AA-Mitglied Herr Dikau fragt, ob der Landkreis ähnliche Fördertöpfe habe, und schlägt vor, Druck auszuüben, um die Kreisstraße von Gutow nach Klein Upahl zu sanieren.

LVB Herr Nowak bestätigt, dass der Landkreis ebenfalls über Fördertöpfe verfüge, jedoch keine Mittel aus dem Sockelbetrag erhalte. Er erklärt, dass der Kreistag das einzige Gremium sei, das Einfluss auf die Mittelverwendung des Landkreises nehmen könne.

AA-Mitglied Frau Bornemann erkundigt sich, ob eine strukturierte Vorlage für die Einreichung der Projektlisten bereitgestellt werde.

LVB Herr Nowak bestätigt, dass eine entsprechende Tabelle mit den Mindestanforderungen erstellt werde und den Bürgermeistern morgen durch Frau Neugebauer zugesandt wird.

AA-Mitglied Frau Kainz fragt, ob eine grobe Kostenschätzung ausreiche.

LVB Herr Nowak bejaht dies. Er schließt den Bericht mit dem Hinweis, dass die Projektlisten bis Ende des Jahres eingereicht werden sollten, um rechtzeitig im Amtsausschuss beschlos- sen und an den Landkreis weitergeleitet zu werden. Er betont, dass die Gemeinden ihre Pro- jekte sorgfältig auswählen und in den Gemeindevertretungen besprechen sollten, um eine einheitliche Entscheidung zu gewährleisten.

Damit endet der Bericht des leitenden Verwaltungsbeamten.

**Zu 9. Beschluss über die Annahme einer Spende
 ungeändert beschlossen
 DS/01/26/006**

AV Herr Dr. Blau verliest die Beschluss-Vorlage. Es folgt die Abstimmung über die DS/01/26/006.

Beschluss:

Der Amtsausschuss des Amtes Güstrow-Land beschließt die Annahme einer Geldspende in Höhe von 500,00 € von der Bützower Hochbau GmbH, Vierburgweg 26 in 18246 Bützow.

Die Spende wird wie folgt verwendet:

- 500,00 € für den Amtsausscheid 2026

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder:	17
anwesend:	14
Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0
auf Grund des § 24 der KV an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt:	0

**Zu 10. Beschluss über die Durchführung der Maßnahme "Beschaffung eines KI-
 geschützten Posteingangssystems" im Wege eines Direktauftrags
 ungeändert beschlossen
 DS/01/26/007**

AV Herr Dr. Blau verliest die Beschluss-Vorlage. Es folgt die Abstimmung über die DS/01/26/007.

Beschluss:

Der Amtsausschuss des Amt Güstrow-Land beschließt die außerplanmäßige Ausgabe und die Vergabe im Wege eines Direktauftrages für die Maßnahme „Beschaffung eines KI- geschützten Posteingangssystems“ zum Angebotspreis von 15.767,50 € an das Unterneh- men Planet AI GmbH, Warnowufer 60, 18057 Rostock.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder:	17
------------------------	----

anwesend:	14
Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0
auf Grund des § 24 der KV an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt:	0

**Zu 11. Beschluss zur Wahl einer Schiedsperson
ungeändert beschlossen
DS/01/26/011**

AV Herr Dr. Blau verliest die Beschluss-Vorlage. Es folgt die Abstimmung über die DS/01/26/011.

Beschluss:

Der Amtsausschuss wählt Frau Margret Dimanski zur Schiedsperson für die gemeinsame Schiedsstelle aller amtsangehörigen Gemeinden für weitere fünf Jahre.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder :	17
anwesend:	14
Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0
auf Grund des § 24 der KV an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt:	0

Zu 12. Wahl eines Mitgliedes des Rechnungsprüfungsausschusses

AV Herr Dr. Blau erläutert, dass die Wahl eines neuen Mitglieds für den Rechnungsprüfungsausschuss anstehe. Er führt aus, dass Herr Kayatz, der sich zuvor für diese Aufgabe bereit erklärt habe, nicht mehr Bürgermeister sei und somit auch nicht mehr Teil der Runde. Daher sei es erforderlich, den Rechnungsprüfungsausschuss neu zu besetzen.

LVB Herr Nowak ergänzt, dass gemäß der Hauptsatzung ein Mitglied des Amtsausschusses für diese Position erforderlich sei. Er weist darauf hin, dass die sachkundigen Einwohner bereits besetzt seien, weshalb die Nachbesetzung ausschließlich durch ein Amtsausschussmitglied erfolgen könne.

AA-Mitglied Frau Kainz erklärt sich bereit, die Position im Rechnungsprüfungsausschuss zu übernehmen.

AV Herr Dr. Blau fragt, ob es weitere Kandidaten gebe, was verneint wird. Er bedankt sich bei AA-Mitglied Frau Kainz für ihre Bereitschaft und leitet die Wahl ein.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder :	17
anwesend:	14
Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0
auf Grund des § 24 der KV an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt:	0

AV Herr Dr. Blau fragt Frau AA-Mitglied Kainz, ob sie die Wahl annehme, was diese bejaht.
AV Herr Dr. Blau bedankt sich abschließend für die Annahme der Wahl.

Zu 13. Anfragen und Mitteilungen

AA-Mitglied Herr Dikau informiert über die Sitzung des Wirtschaftsförderungs-, Tourismus-, Kultur- und Umweltausschusses. Er erläutert, dass das Amt eine neue Broschüre herausgeben möchte. Im Rahmen eines Fotowettbewerbs seien vier Fotos eingereicht worden. Der Ausschuss habe entschieden, das Foto des Jasenbergs von Herrn Schumann aus Klein Upahl für die Titelseite der Broschüre zu empfehlen. Die anderen drei Fotografen sollen eine Danksagung erhalten, während Herr Schumann eine Prämie in Höhe von 50 Euro bekommen solle.

AA-Mitglied Herr Dikau erkundigt sich bei LVB Herrn Nowak nach dem weiteren Fortschritt der Broschüre, insbesondere hinsichtlich eines möglichen Entwurfs.

LVB Herr Nowak erklärt, dass die Erstellung der Broschüre schwieriger sei als erwartet, weil aus einigen Gemeinden nur wenig Zuarbeit erfolgt sei. Er führt aus, dass die Einführungstexte und Bilder, die von den Gemeinden angefordert wurden, nur spärlich eingegangen seien. Einige Gemeinden wie Kuhs, Samstorf und Klein Upahl hätten jedoch vorbildliche Beiträge geliefert. In anderen Fällen seien gar keine Bilder eingereicht worden, die alten vorhandenen Bilder würden nicht den aktuellen Zustand der Gemeinden widerspiegeln. Um die Qualität der Broschüre zu gewährleisten, habe er den Straßenkontrolleur beauftragt, neue Bilder während der Frühlingszeit aufzunehmen. LVB Herr Nowak bedauert die geringe Resonanz aus den Gemeinden und betont, dass die Broschüre die Gemeinden repräsentieren solle. Er kündigt an, dass der erste Entwurf der Broschüre dem Wirtschaftsausschuss vorgelegt werde, um dort weiter beraten zu werden.

Es ergehen keine weiteren Anfragen und Mitteilungen

Herr AV Dr. Blau bedankt sich für die Ausführungen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:57 Uhr.

Dr. Ulrich Blau
Vorsitz

Matthias Nowak
Protokollführung